

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

Antrags-Nr.: 1.1.2

Thema: Wertschöpfungsabgabe

Antragsteller: AWO BV Rheinland e.V.

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 „Für eine solidarische Alterssicherung der Lebensleistung“

4

5 Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Bundesregierung auf, die von der AWO schon lange
6 geforderte Wertschöpfungsabgabe einzuführen. Zur weiteren Finanzierung der Al-
7 tersrenten ist von den Betrieben eine Abgabe zu leisten, die sich an der „Wertschöp-
8 fung“ der einzelnen Unternehmen orientiert. Grundlage ist der Umsatz eines Unter-
9 nehmens im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl und der Lohnsumme.

10

11 **Begründung:**

12

13 Die derzeitige beitragsbasierte Rentenversicherung entlässt Unternehmen, die Per-
14 sonal aufgrund von Automatisierung und Digitalisierung abbauen, aus der gesell-
15 schaftlichen Verpflichtung.

16 Eine Wertschöpfungsabgabe, die sich am betriebswirtschaftlichen Erfolg orientiert
17 schafft auch einen Ausgleich zwischen beschäftigungsintensiven Unternehmen, wie
18 Handwerksbetrieben, die immer personalintensiv tätig sind und anderen, die auf-
19 grund von Automatisierung und Digitalisierung weniger Menschen beschäftigen.

20

21 Die alleinige Heranziehung des Faktors Arbeit ist ungerecht, weil die Arbeitneh-
22 mer*Innen mit ihrer Arbeitsleistung erst die Basis für Investitionen schaffen.

23

24 Die AWO Bundeskonferenz hat dies überdies in ihrem Leitantrag „Soziales“ be-
25 schlossen. Nun ist die Umsetzung durch die Politik im Gesetzgebungsverfahren ge-
26 fordert.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an das Präsidium

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung